63. Jahrgang. № 115. Sonntag, 27. April 1919.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimaliger Zutragung sowie bei einmaliger Zustellung durch die Post ohne Bestellgeld 3.40 M. monatlich 1.80 M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 25 Pf. Für Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt ein zeilige An- und Verkäufe 25 Pf. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. — Belegblatt 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden. Postscheck-Konto 19395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Tränkners Möbelhaus
21/23 Görlitzer Straße 21/23
Sehenswerte Ausstellung.

Königsdiele Ringstraße Nr. 14
Täglich: KÜNSTLER-KONZERT.

Kronen Lampen
Antiquitäten
Kretzschmar, Bösenberg & Co.
5 Serrestraße 5 (Nähe Pirnaischer Platz).
Kriegsanleihe wird zum Tageskurse in Zahlung genommen.

# Noske Oberbefehlshaber der Truppen gegen München.

## Die Reichsexekution gegen München.

**Stuttgart, 26. April.** Das Kriegsministerium teilt mit: **Die Lage bei den in Bayern verwendeten württembergischen Truppen ist unverändert. Den Oberbefehl über die sämtlichen Truppen, die gegen die Spartakisten in München operieren, hat im Einvernehmen mit der württembergischen und der bayrischen Regierung der Reichswehrminister Noske übernommen. Ueber München liegt die Nachricht vor, die Stärke der Roten Armee werde auf 80 000 bis 60 000 Mann geschätzt, von denen die Mehrzahl nur als Mitläufer anzusehen sei. Die hohe Zahl der Mitläufer erkläre sich dadurch, daß die Erwerbslosenunterstützung von der spartakistischen Regierung nur an die Waffen tragenden Anhänger ausgezahlt wird. Die Zahl der kampfverwendungsfähigen Truppen wird auf 12 000 Mann bei den Spartakisten geschätzt. Die Bürger Münchens sollen Brot in ausreichender Menge, doch keine Kohlen erhalten.**

**Bamberg,** 26. April. (Eig. Drahtmeld.) Die Regierung Hoffmann hat über das ganze rechtsrheinische Bayern das Standrecht verhängt. Die Stadt Landshut wurde den Spartakisten von den Regierungstruppen entrissen. Die Münchner Kommunisten sandten fünf Sonderzüge mit Roten Gardisten zum Entsatze, kamen aber damit zu spät. Landshut ist jetzt in den Händen der Regierungstruppen. Dagegen haben Spartakisten ihren Kordon um München längs der Würm und Ampel bis zum Starnberger See und Ammer-See vorgeschoben und Gauting, Starnberg, Herrsching besetzt. Ebenso fielen ihnen auch Kaufbeuren, Schöngau, Penzburg und Kochel in die Hände. Ein spartakistischer Angriff auf Garmisch-Partenkirchen wurde von der Einwohnerschaft abgewiesen. Der Finanzkommissar Männert erklärt, daß die Räterepublik am Ende ihrer Mittel angelangt sei. Zwar wurden 3 Millionen neues städtisches Geld beschlagnahmt und außerdem 13 Millionen schon durchlochtes und für ungültig erklärtes Geld zwangsweise wieder in den Verkehr gebracht, doch auch das ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, da allein die Löhne der 20000 Rot-Gardisten täglich 500 000 Mark betragen.

## Die blutigen Zusammenstöße in Nürnberg.

**Nürnberg,** 26. April. Ueber die blutigen Zusammenstöße am Egidienplatz wird mitgeteilt: Im Laufe des Vormittags wurden die Bureauräume der demokratischen Partei gestürmt und Geiseln von der Menge festgenommen. Eine zur Befreiung der Geiseln aufgebotene Radfahrer-Maschinengewehr-Abteilung wurde von der angesammelten Menschenmenge beschimpft und angegriffen. Die Menge stürmte auf die Soldaten zu, warf mehrere von den Rädern und drang mit Messern auf sie ein. Ein Teil der Soldaten wurde abgeschnitten und entwaffnet, der Räder beraubt und durch Stiche oder Schüsse verletzt. Den Verwundeten wurden die Karabiner abgenommen und diese von den Aufrührern zum Feuern gegen die Abteilung verwandt. Sieben Personen wurden verletzt. Einem Soldaten wurde die Hand abgeschlagen. Wie die „Fränk. Tagespost" berichtet, befanden sich unter den Geiseln Rechtsanwalt Dr. Merkel und Geh. Kommerzienrat Kahl.

**Nürnberg,** 26. April. (Eig. Drahtmeld.) Der Führer der Nürnberger Kommunisten Albert Schmidt wurde vergangene Nacht, als er vor seiner Wohnung mit einigen Genossen der eigenen Verhaftung tätlichen Widerstand entgegensetzte, von Regierungssoldaten in der Notwehr erschossen.

## Aufruf zum Abwehrstreik in Hamburg.

**Hamburg,** 26. April. Der Bürgerbund für Hamburg und Wandsbek erläßt einen Aufruf, in dem er davon Mitteilung macht, daß politisch-radikale und verbrecherische Elemente durch den Generalstreik die Herrschaft an sich reißen wollen. Dieser Generalstreik bedeutet für die Gesamtheit die Vernichtung wertvollster Güter, für tausende Hunger und für jeden ein unaussprechliches Leiden. Dagegen wolle und müsse sich die Hamburger Bevölkerung wehren. Im Augenblick, wo der Generalstreik eintritt, muß ein geschlossener Abwehrstreik der Hamburger Bevölkerung einsetzen. Es sei alles vorbereitet, und jeder Bürger hat sich bereitzuhalten, wenn der Ruf ergeht.

## Nach der Osterpause der Sächsischen Volkskammer.

Der verflossene Tagungsabschnitt der Sächsischen Volkskammer hat als wichtigstes Ergebnis das Grundgesetz für den sächsischen Staat gebracht, das seine endgültige Fassung erst erhalten kann, wenn die Reichsverfassung verabschiedet ist. Vor allem kommt hier die Gebietsfrage in Betracht, deren Erledigung von den Bestimmungen der Reichsverfassung abhängt. Im Interesse der wirtschaftlichen Wiederbelebung unserer engeren Heimat wäre es dringend zu wünschen, daß sich ein größeres Sachsen bildete, damit wir durch Wiedereingliederung der 1815 abgetrennten Landesteile ein in landwirtschaftlicher Hinsicht leistungsfähigeres Sachsen würden, der es uns ermöglichte, für unsere Bevölkerung aus eigenen Mitteln zu sorgen und der Hilfe der Ueberschußgebiete zu entraten. Das Recht und die ausschließliche Initiative zu solchen Grenzveränderungen muß den Einzelstaaten im Interesse ihrer politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit gewahrt bleiben. Der Verfassungsausschuß in Weimar hat aber beschlossen, daß die Aufteilung von Einzelstaaten von Reichs wegen durch einfaches, nicht einmal an die Erschwerungen einer Verfassungsänderung gebundenes Reichsgesetz erfolgen kann. Würde dieser Beschluß von der Nationalversammlung gutgeheißen werden, so wäre damit der unitarisischen Vergewaltigung der Einzelstaaten Tür und Tor geöffnet, und in richtiger Erkenntnis dieser schweren Gefahr hat der sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer in Uebereinstimmung mit der Volkskammer an den Präsidenten der Nationalversammlung das seinerzeit veröffentlichte Schreiben gerichtet, worin er vor einer Ueberspannung der Zentralisation warnt und mit Nachdruck die Rechte der Einzelstaaten verteidigt. Da Sachsen sich auf diesem Boden mit den drei süddeutschen Staaten zusammenfindet, so besteht begründete Aussicht, daß der Beschluß des Ausschusses wieder umgestoßen wird und eine anderweitige Regelung erfolgt, die dem bundesstaatlichen Gedanken Rechnung trägt.

Die allgemeine politische Lage läßt sich in etwas günstiger an als bei Beginn der parlamentarischen Osterpause. Der Streikwahnsinn, dessen andauerndes Wüten gleichbedeutend mit unserem wirtschaftlichen Selbstmord wäre, scheint seinen Höhepunkt überschritten zu haben, wie sich unter anderem aus der Tatsache entnehmen läßt, daß in der Sitzung der revolutionären Obmänner Groß-Berlins der kommunistische Antrag auf Proklamierung eines neuen Generalstreiks zum 1. Mai nicht die erforderliche Anzahl von unterstützenden Unterschriften zusammen zu bringen vermochte. Auch der blutige Terror der spartakistischen Krankheit, die einen Teil unseres Volkes um den letzten Rest von Vernunft gebracht hat, liegt, wenn nicht alle Zeichen trügen, in Bauern in den letzten, allerdings noch recht hartnäckigen Todeszuckungen. Optimismus freilich, der die Wachsamkeit der ordnungsliebenden Elemente einschläfern könnte, ist noch lange nicht am Platze, auch nicht in unserer engeren Heimat. Wir in Sachsen haben erst jüngst schwere Tage erlebt, und die Leipziger Ereignisse in Verbindung mit der feigen und brutalen Ermordung des Ministers Neuring müssen uns eine ständige Warnung und Mahnung sein, stets auf dem Posten zu bleiben und in scharfer Abwehrstellung zu verharren. Die erneute Kampfansage der Unabhängigen gegen die Regierung und ihre in Gemeinschaft mit den Kommunisten fortgesetzten Wühlereien zur Untergrabung der Ordnung und zur Aufreizung der Gemüter sind Momente, die erkennen lassen, daß wir noch keineswegs von einer endgültigen Klärung der Lage sprechen dürfen. Die mehrheitssozialistische sächsische Regierung hat innerhalb der Grenzen ihrer Machtmittel bei der Sicherung der öffentlichen Ordnung eine dankenswerte Energie bewiesen, und mit Rücksicht auf den zu erreichenden Zweck ist auch das Eingreifen des Reiches durch Verhängung des Belagerungszustandes über ganz Sachsen zu begrüßen. Ein gewisser fataler Stimmungsniederschlag bleibt freilich zurück angesichts des Umstandes, daß wir der Hilfe preußischer Truppen bedurften. Das sächsische Heimatsempfinden hätte sich unzweifelhaft gehobener gefühlt, wenn es uns aus eigener Kraft gelungen wäre, das Uebel völlig zu bezwingen, und es muß daher nochmals dem dringenden Wunsche Ausdruck gegeben werden, daß der Appell an alle abkömmlichen und wehrfähigen Männer Sachsens zur Verstärkung des Heimatschutzes die Wirkung haben möge, unsere Wehrkraft in solchem Maße zu vergrößern, daß wir nicht mehr auf auswärtige Unterstützung angewiesen sind.

Für die Abwendung der Gefahren, die unser politisches und wirtschaftliches Leben noch bedrohen, hat der Präsident der Volkskammer Fräßdorf die Parole ausgegeben: „Wir dürfen nicht warten, bis es zu spät ist. Oder hilft nur energisches Handeln. In der Abwehr müssen alle Bürger des Landes zusammenstehen". Das ist ein Aufruf zur Sammlung aller ordnungsliebenden Elemente, der auf bürgerlicher Seite nicht ungehört ver-

## Verletzung des Sonderabkommens von Spa durch General Haller.

**Berlin,** 26. April. Am 26. April ließ Reichsminister Erzberger folgende an

**Marschall Foch gerichtete Note**

dem französischen Vorsitzenden in Spa überreichen:

**General Haller, der Führer der polnischen Divisionen, welchen durch das Spaer Abkommen am 4. April 1919 der Durchzug durch deutsches Gebiet gewährt worden ist, nahm am Ostersonntag, den 20. April, in Krotoschin (auf deutschem Gebiet innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches gelegen) während der Durchreise die Parade über die dortigen polnischen Truppen ab. Dabei gab er, nach dem „Dzienik Poznanski", folgende Erklärung ab:**

**„Was Danzig anlangt, so gibt es nur einen Standpunkt: Danzig gehört Polen und muß polnisch werden. Was Schlesien, West- und Ostpreußen anlangt, so muß man diesen Teilgebieten zu Hilfe kommen. Wenn diese Länder den Status quo erlangen, wie jetzt das Großherzogtum Posen, dann würde diese Frage schon längst geklärt sein."**

**Durch diese Kundgebung hat General Haller sich eine schwere Verletzung des Spaer Abkommens vom 4. April 1919 zuschulden kommen lassen. In diesem Abkommen ist seitens der Alliierten zugesagt worden, daß alle Maßnahmen ergriffen werden, damit die auf dem Transport durch deutsches Gebiet befindlichen Truppen alles unterlassen, was Unruhe in der Bevölkerung hervorrufen könnte. Der Führer dieser Truppen, General Haller, hat aber durch seine Ansprache auf deutschem Gebiet hiergegen verstoßen. In dem Schlußsatz hat er die polnischen Truppen und die polnischsprechende Bevölkerung direkt zum Aufstand gegen die deutsche Regierung aufgereizt, indem er für Schlesien, West- und Ostpreußen denselben Zustand der Empörung gegen die deutsche Regierung forderte, wie er im Dezember 1918 in Posen eingetreten ist. Hierdurch wird Unruhe sowohl in der deutschen, wie in der polnischen Bevölkerung hervorgerufen. Wegen dieses Verstoßes gegen das Spaer Abkommen lege ich hierdurch nachdrücklichst Protest ein mit dem Ersuchen an den Herrn Marschall Foch, den ihm unterstellten General Haller auf das Ungehörige seines Verhaltens hinweisen zu wollen.**

## Weitere Ausweisungen aus dem Saargebiet

**Berlin,** 26. April. Die französischen Besatzungsbehörden im Saargebiet setzen die Ausweisungen Deutscher ohne vorheriges Prozeßverfahren fort. Alle Ausgewiesenen darunter viele streikende Bergarbeiter, mußten zu Vieren antreten, vor ihnen ritten Lanzenreiter, zu beiden Seiten marschierten Kolonialtruppen, die links und rechts von französischen Soldaten geführt wurden. In wohltuendem Gegensatz zu dem Verhalten der Franzosen bei diesem Transport stand die Haltung der Saarbrücker Bevölkerung, die mit entblößten Häuptern die Gefangenen bei ihrer Abführung aus der Heimat begrüßte. Auf der Bahnfahrt von Saarbrücken nach Worms beaufsichtigte in jedem Abteil ein Nigger oder Marokkaner die Ausgewiesenen, ebenso in dem alten russischen Kriegsgefangenenlager Worms, dem Sammelpunkt für die aus dem besetzten Gebiet ausgewiesenen Deutschen. Hier müssen alle Heimatlosen einige Tage zubringen. Erst nach all diesen Martern betritt man jenseits der Brücke von Worms wieder deutschen Boden, befreit von den französischen Bedrückern.

### Der diplomatische Situationsbericht.

**Paris,** 26. April. Die Agence Havas veröffentlicht folgenden diplomatischen Situationsbericht: Wilson, Clémenceau und Lloyd George werden heute zusammenkommen und voraussichtlich das Klautschau-Problem regeln. Auf der Tagesordnung der nächsten Beratung der Minister des Aeußeren der fünf Großmächte stehen der Luftverkehr, die deutschen Kolonien und die polnischen Angelegenheiten. Es scheint nun beschlossen worden zu sein, daß Danzig ein Freihafen wie Hamburg sein und unter der Souveränität Polens stehen soll. Der Ministerrat hörte den Marschall Foch über die militärischen Bestimmungen des Vorfriedens, besonders über die Modalitäten und die mutmaßliche Dauer der Besetzung des linken Rheinufers. Nach dem Fortgange des Marschalls Foch wurden die bereits festgelegten militärischen Bedingungen gutgeheißen. Der Rat wurde ferner über die Entstehung des Zwischenfalles mit Italien unterrichtet. Die Lage ist noch auf demselben Punkte. Indessen werden Sonnino und Salandra am Sonnabend nachmittag 2 Uhr nach Rom abreisen. Die italienischen Delegierten in den verschiedenen Kommissionen wohnen den Sitzungen nicht mehr bei. Italien bringt damit seinen Willen zum Ausdruck, an den Arbeiten der Konferenz in keiner Weise mitzuwirken, wenigstens vorläufig. An der Abfassung der Friedenspräliminarien wird eifrig gearbeitet. Die erste Staffel der deutschen Delegierten ist am Freitag vormittag in Paris eingetroffen. Wie aus Deutschland zurückgekehrte unterrichtete Persönlichkeiten sagen, dürften die Präliminarien von den deutschen Delegierten zuerst an die Regierung weitergeleitet werden, die sie ihrerseits der Nationalversammlung vorlegen wird. Diese wird voraussichtlich die Verantwortung für die Unterzeichnung oder für die Ablehnung nicht auf sich nehmen wollen, sondern Gelegenheit geben, sich durch ein Referendum auszusprechen. Es ist übrigens nicht ausgeschlossen, daß die Entscheidung zugunsten der Annahme der Bedingungen ausfällt. Diese Formalität wird indessen rasch erfolgen, spätestens 14 Tage nach Mitteilung des Textes an die Deutschen.

**Paris,** 26. April. (Havas.) Sonnino stattete am Sonnabend vormittag Pichon einen Besuch ab. Am Bahnhof überbrachte Pichon die Abschiedsgrüße der französischen Regierung.